

Persönliche Erklärung von Stadträtin Monika Stocker

zum Bericht der GPK vom 19. November 2007 über die Prozesse und das Qualitätssicherungssystem sowie allfällige Missbräuche in der Sozialhilfe

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich danke – auch im Namen des Stadtrates – dem Präsidenten der GPK, Bruno Sidler, besonders auch dem Präsidenten der Untersuchung über die «Prozesse und das Qualitätssicherungssystem sowie allfällige Missbräuche in der Sozialhilfe», Urs Egger, aber auch allen Mitgliedern der GPK für die eingehende und kritische Prüfung der Sozialhilfe in der Stadt Zürich. Ich glaube, ich kann einigermaßen ermessen, wie viele Stunden, wie viel Sorgfalt und Energie in die Untersuchung und in die Erarbeitung des einstimmig verabschiedeten Berichts eingeflossen sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit für eine Kommission, die im Milizsystem arbeitet.

Ganz besonders dankbar bin ich für die immer wieder aufscheinende Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sozialen Diensten. Diese machen in unserer florierenden Stadt einen schwierigen Job gut; sie arbeiten tagtäglich mit nicht immer einfachen Menschen und lösen für uns täglich Dutzende von Alltagsproblemen, die – würden sie sie nicht professionell bewältigen – unsere Stadt anders aussehen liessen. Trotz der Verunsicherung durch die Dauerkritik und trotz ihrer hohen Belastung leisten sie gute Arbeit und zeigen ein grosses Engagement. Den nun vorliegenden Bericht gilt es ernst zu nehmen: Ich sehe ihn als Auftrag für noch mehr Anstrengungen, für Verbesserungen.

Natürlich bin ich auch erleichtert darüber, dass die GPK grundsätzlich zu den gleichen Schlüssen gelangt wie der Stadtrat:

- Die 5 Sozialzentren mit ihrem ganzheitlichen Serviceauftrag sind mehrheitlich effizient und gut organisiert, und das „Modell Zürich“ funktioniert.
- Die Medienfälle sind nicht Ausdruck einer generellen Malaise in der Sozialhilfe, die Richtlinien wurden eingehalten. Natürlich sehe ich sehr genau, dass die GPK-Mitglieder, die vom Bezirksrat ausnahmsweise Zugang zu allen vorliegenden Akten erhalten haben, uns auch aufmerksam machen auf Schwachstellen und anregen, wo bessere oder frühere Intervention richtig gewesen wäre.

2 / 4

- Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste sind nicht naiv; sie sind sensibilisiert für das Thema Missbrauch und Betrug. Ihr Berufsstolz ist da, sie wollen nicht über den Tisch gezogen werden und setzen sich dafür ein, solche Versuche zu erkennen und zu verhindern. Das seit dem 1.7.2007 geschaffene Inspektorat ist für sie eine wichtige Erweiterung der professionellen Abklärungsmöglichkeiten. (Wir werden am nächsten Dienstag – wie versprochen – die Öffentlichkeit über das erste Halbjahr Inspektorat informieren).

Im veröffentlichten Bericht der GPK ist der Bericht des Stadtrates angefügt, in dem er zu allen Erkenntnissen und Empfehlungen Stellung nimmt. Ich erwähne deshalb hier nur noch die folgenden:

- Das Regelwerk der Sozialhilfe ist dicht und wird – gerade auch unter dem Druck der öffentlichen Kritik – immer dichter. Das kann auch einen Overkill geben und letztlich die Handlungsfähigkeit der Fachleute behindern. Verantwortung kann man nicht einfach an Richtlinien delegieren.
Andererseits, und das fordert auch die GPK, gibt es Bereiche, die zusätzlich reguliert werden müssen: Die GPK formuliert selbst 7 weitere. Das zeigt das Dilemma: Gleichbehandlung von Tausenden von Fällen braucht Regeln, für eine auf die individuelle Situation angemessene und gezielte Intervention brauchen die Profis Ermessensspielräume.
- Die GPK empfiehlt eine genauere und konsequente Überprüfung der Falldokumentationen. Seit 1.1.2008 ist nun das neue EDV-Fallmanagementsystem installiert. Ich hoffe, es bringt die erwartete qualitative Verbesserung in der Dokumentation und entlastet und unterstützt die Mitarbeitenden. Der Grundsatz, dass Unterstützungsleistungen nur bei vollständiger Falldokumentation erbracht werden, soll auf alle Fälle konsequent durchgesetzt werden.
- In der Stadt Zürich ist die wirtschaftliche Hilfe seit je an die Integrationsarbeit gekoppelt. Will man in einer Grosstadt nachhaltige Integrationsarbeit leisten, sieht man sich ja vor besondere Probleme gestellt, z.B. im Wohnbereich, bei den Sucht- und Drogenproblemen, in der Arbeitsintegration. Da hat Zürich eine sehr hohe Qualität und das soll auch so bleiben.



3 / 4

Aus den Empfehlungen der GPK werde ich 3 mit besonderer Dringlichkeit, die auch vom Stadtrat mitgetragen werden. Jetzt ist es meine Verantwortung, sie sofort anzupacken, nämlich:

1. Der Informationsaustausch zwischen den Ämtern ist ein ganz wesentlicher Punkt. Auch hier stimme ich mit dem Stadtrat der Analyse der GPK voll und ganz zu.
Wir stehen in dieser Frage in Zusammenarbeit mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten kurz vor einer pragmatischen Regelung, die für die Stadt Zürich deutliche Verbesserungen beim Informationsfluss bringen wird. Die nötigen Änderungen der kantonalen Gesetzgebung werden wohl nicht so schnell vorgenommen werden können. Für die städtische Lösung sehe ich eine Frist bis im Frühling dieses Jahres.
2. Mit ihren Empfehlungen für eine Reform der Sozialbehörde spricht die GPK nicht zuletzt auch meine eigene und die Doppelfunktion der Direktorin der Sozialen Dienste als Präsidentin bzw. Geschäftsführerin der Sozialbehörde an, ebenso die Mehrfachrolle der Sozialbehörde selbst, die sowohl Legiferierungs-, Entscheidungs- und auch Rekursorgan ist. Wir wollen unverzüglich eine umfassende Analyse in Auftrag geben und ein neues Modell der Zusammenarbeit von Sozialbehörde, Sozialdepartement und Sozialen Diensten erarbeiten. Dabei wird es sinnvoll sein, die Modelle anderer Schweizer Städte zum Vergleich beizuziehen. Der Stadtrat wird – natürlich unter Einbezug der Sozialbehörde und der Direktion der Sozialen Dienste – eine solche Reform an die Hand nehmen.
Die Arbeit wird unverzüglich mit einem externen Projektmanagement aufgenommen. Bis zu Beginn der neuen Legislatur soll ein zukunftsfähiges politisch akzeptiertes Modell für die Grossstadt Zürich mit ihrer grossen Fallzahl, ihrer wirtschaftlichen Dynamik und dem hohen Anspruch einer Grossstadt an die Integrationsleistungen, implementiert werden.
3. Wir wollen in den Sozialen Diensten ein konsequentes Risikomanagement und Qualitätssicherungssystem implementieren, das sich auf die Kernrisiken konzentriert. Es ist unser Ziel, die Sozialen Dienste mit einem Kontrollsystem zu versehen, das den modernen Standards genügt. Die Analysen dafür sind gemacht, die Aufträge in Vorbereitung, die Implementierung wird gestartet und erfolgt Schritt für Schritt.
Auch nehme ich die Hinweise der GPK bezüglich der Betriebskultur in den Sozialen Diensten ernst. In enger Abstimmung mit der Direktorin der Sozialen Dienste werden wir – zusammen mit allen Führungsverantwortlichen der Dienstabteilung – nach Verbesserungen suchen und sie umsetzen. Es ist mir ein persönliches Anliegen.

In einem Jahr, wenn der Stadtrat entsprechend der Bitte der GPK über die Umsetzung der Empfehlungen berichten wird, können wir in allen diesen Punkten über Fortschritte, sicher aber auch schon über Resultate berichten. Vor allem aber werden wir in einem Jahr erneut Gelegenheit für eine umfassende und sachliche Lagebeurteilung der Sozialhilfe in der Stadt Zürich haben.



4 / 4

Meine Damen und Herren,

Ich bin nicht in der Lage, die Kampagne der Weltwoche, deren Aufnahme durch weitere Medien, die Debatte in den nationalen Fachorganen und in der Öffentlichkeit heute umfassend zu analysieren. Dafür wird es wohl noch einige Zeit brauchen.

Ich habe meine Verantwortung während der Kampagne darin gesehen, die Bewältigung der Alltagsarbeit sicherzustellen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dazu den Rücken frei zu halten und die Würde der Klientinnen und Klienten nicht zu Markte zu tragen.

Sie, meine Damen und Herren, haben als Parlament die Situation im Frühling 2007 so eingeschätzt, dass Sie eine Untersuchung durch ihre Geschäftsprüfungskommission in Auftrag gegeben haben. Der Bericht liegt vor, wir debattieren ihn heute.

Ich bitte Sie alle, Ihr grosses Interesse an der Sozialhilfe, deren Anforderungen und deren Alltagspraxis weiter aufrecht zu halten und nicht quasi mit dem Bericht auch die gemeinsame politische Verantwortung ad acta zu legen. Ich bin überzeugt, dass die Herausforderungen an die Soziale Sicherheit der grossen Städte auch in den kommenden Jahren, auch bei guter wirtschaftlicher Konjunktur hoch bleiben werden. Um sie in guter Qualität, akzeptiert von der Mehrheit der Bevölkerung, erhalten zu können, braucht es das Commitment aller, der Regierung und der Verwaltung, aber auch des Parlaments und der Parteien.

Ich danke Ihnen

Monika Stocker, Stadträtin

(vorgetragen im Gemeinderat am 16. Januar 2008)